

Kitaplätze in Wuppertal gerettet.

■ Elberfelder Erziehungsverein: Verhandlungsmarathon brachte Durchbruch

Eltern, Kinder und ErzieherInnen in den Einrichtungen des Elberfelder Erziehungsvereins können sich nun endlich auf die Adventszeit freuen, denn ihre Kindergärten werden nicht geschlossen, keine Gruppe muss um ihr Weiterbestehen bangen.

Seit dem 1. Dezember ist es offiziell: der EEV, der im September die Schließung von vier Einrichtungen und mehreren Gruppen angekündigt hatte, erhält noch einmal einen Sonderzuschuss von 360.000 DM für das Kindergartenjahr 2001/2002.

Dazu wird eine vertragliche Vereinbarung zwischen der Stadtverwaltung und dem Evangelischen Kirchenkreis, der Diakonie Elberfeld und dem Elberfelder Erziehungsverein geschlossen, die bis zum Ende des Kindergartenjahres im Juli 2002 alle 600 Plätze erhält.

Die Eckpunkte zu diesem Vertrag wurden in einem Verhandlungsmarathon zwischen Politik, Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und Verwaltung ausgehandelt. Neben der kurzfristigen Rettung der Plätze beim EEV soll mit dieser Vereinbarung auch langfristig eine ausreichende Versorgung mit Kita-Plätzen in Wuppertal gesichert werden. Möglich wurde diese Vereinbarung, weil sich die anderen Träger von Kindertageseinrichtungen solidarisch zeigten, nicht auf eine Gleichbehandlung pochten und für ihre Einrichtungen auf eine Verlängerung der Zuschüsse über den im Jahre 1998 vereinbarten Zeitraum hinaus verzichteten. Allerdings machten alle anderen Träger klar, dass dieser Zuschuss letztmalig an den EEV gezahlt wird und man im Jahre 2002 wieder zu einer Gleichbehandlung aller Freien Träger zurückkehren müsse.

Als der EEV im September mit seinen Plänen an die Öffentlichkeit ging, schockte er damit Eltern, Kinder und ErzieherInnen ebenso wie die politischen VertreterInnen.

Denn nun wurde offensichtlich: obwohl der EEV seit Jahren eine weit über dem gesetzlichen und auf Landesebene vereinbarten Niveau liegende zusätzliche städtische Förderung erhält, konnte er seine finanziellen Probleme nicht lösen. Bereits 1997 hat der EEV damit gedroht, Einrichtungen schließen zu müssen. Damals handelte es sich um die Schließung von 8 Einrichtungen. Der EEV entfachte damit eine beispiellose Diskussion und Kampagne in der Stadt. Daraufhin wurde 1997 dem EEV ein Sonderzuschuss in Höhe von 900.000 DM gewährt. Im Jahr darauf wurden die an-

Zufriedene Gesichter - vorerst werden keine Kindergärten geschlossen!

Der Nahverkehr ins Museum

■ Ein Nahverkehrsmuseum zur Regionale 2006

Zu einer Präsentationsfahrt hatte der Arbeitskreis „Bergischer Ring“ am 28. Oktober eingeladen.

Ziel der Rundfahrt war die Vorstellung der möglichen Standorte für ein dezentrales bergisches Nahverkehrsmuseum. Die Fahrt zeigte eindrucksvoll, wie ein sinnvolles Projekt für die Regionale 2006 aussehen kann. Ob Schwebbahn, Straßenbahn, Bus oder Eisenbahn, dazu Industriekultur – die Mi-

schung macht's. In enger Kooperation haben sich Vereine und Initiativen zusammengesetzt und ein Konzept entwickelt. Die Möglichkeiten sind vielfältig: ein Schwebbahnmuseum in Oberbarmen, die ehemalige Tuchfabrik Wülffing&Sohn in Radevormwald mit Anbindung an die Eisenbahnstrecke der „Wupperschiene“, die über Beyenburg bis nach Oberbarmen führen könnte, dazu das Straßenbahnmuseum in der Kohlfurth, vielleicht verlängert bis nach Cronenberg hinein und anschließend zur Kulturveranstaltung in das Eisen-

bahn- und Heimatmuseum Erkrath-Hochdahl, so die Vision. Verbunden werden die Standorte mit Oldtimer-Bussen oder historischen Bahnfahrzeugen. Abgestimmte Fahrpläne und Öffnungszeiten sollen dazu beitragen, einen erlebnisreichen Tag mit Kultur, Freizeit, Geschichte und viel Spaß zu verbringen. Wir GRÜNEN unterstützen diese engagierte Initiative und werden uns im Zusammenhang mit den Projekten für die Regionale 2006 dafür einsetzen, dass diese Ideen bald Wirklichkeit werden.

AUS DEM INHALT

Landwirte ohne Lobby S. 2

BUND zur Kleinen Höhe S. 2

Aus für Factory Outlet Center S. 3

Theater um das Theater S. 3

Wir suchen Zeitungs-VerteilerInnen! Mehr dazu auf Seite 3

Guten Tag!

Liebe Leserinnen und Leser, wieder einmal geht ein ereignisreiches Jahr langsam seinem Ende entgegen. Das Factory Outlet Center ist endgültig Geschichte geworden und Wuppertal engagiert sich gegen rechte Gewalt; es gibt also durchaus Positives zu vermelden. In dieser Ausgabe unserer Zeitung informieren wir Sie wieder über die wichtigsten Themen in unserer Stadt. Wir wünschen Ihnen eine besinnliche Zeit, ein schönes Weihnachtsfest sowie einen schönen Jahresausklang und ein hervorragendes Jahr 2001.

Landwirte ohne politische Lobby

■ Versprochene Förderung ausgesetzt

Mit leeren Versprechungen werden die Wuppertaler Landwirte von der konservativen Mehrheit hingehalten.

Das Projekt „Förderung der Landwirtschaft“ hat zum Ziel, die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine gesunde Landwirtschaft in Wuppertal voranzutreiben. Dazu wurden Betriebe befragt, Ideen gesammelt und konkrete Vorschläge gemeinsam mit den Landwirten, den Verbänden und der Politik erarbeitet. Jetzt steht die konkrete Umsetzungsphase an, aber jetzt ist auch kein Geld mehr da. Bei den Haushaltsberatungen wurden die Mittel für die Fortsetzung des Projektes von CDU und FDP gekürzt, gegen den Willen der GRÜNEN. Für die Landwirte bedeutet diese Entscheidung, dass von den kreativen Ideen nicht besonders viel umgesetzt werden kann. Eine Koordinierungsstelle in der Verwaltung, ein gemeinsamer Internetauftritt zur Darstellung der Produkte oder ein Branchenbuch als „Grüne Seiten der Land- und Forstwirtschaft“ – ohne Moos wenig los. Beschämend dabei ist, dass in den Veranstaltungen mit den Landwirten von allen Seiten Beifall gependet, anschließend aber von der konservativen Mehrheit kein Geld zur Verfügung gestellt wird. Als besonderes „Geschenk“ werden gleichzeitig landwirtschaftliche Flächen von CDU und FDP (meist gemeinsam mit der SPD) für überflüssige Gewerbegebiete oder Einfamilienhäuser verplant. Statt Förderung der Landwirtschaft wird der Abschied von der Landwirtschaft betrieben. Die GRÜNE Fraktion setzt sich weiterhin für die Landwirtschaft ein. Gute Ideen müssen unterstützt werden – wir sind dabei.

Viel Arbeit, wenig Unterstützung

Gastkommentar:

■ Rahmenplanung „Kleine Höhe“ von Ilona Schäfer (BUND-KG Wuppertal)

Kein Gewerbegebiet auf die Kleine Höhe

Die Kreisgruppe Wuppertal des BUND übt heftige Kritik am Beschluss des Rates vom 06.11.00 zum Rahmenplan Kleine Höhe.

Der *BUND* lehnt ein Gewerbegebiet Kleine Höhe aus ökologischen Gründen nach wie vor ab. Die von der Verwaltung vorgelegte Drucksache Rahmenplan Kleine Höhe sieht zwar eine „ökologisch verträgliche“ Planung vor, dazu müsste aber zunächst das Ergebnis der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) abgewartet werden. Ziel der Ratsmehrheit von CDU, FDP und SPD ist es jedoch, die Umsetzung des Vorhabens zu beschleunigen und die Rahmenplanung sowie das Vermarktungskonzept noch während der laufenden UVP weiterzuverfolgen. Dieses Vorgehen ist mit einer ökologisch verträglichen Planung unvereinbar und legt den Verdacht nahe, dass das ökologische Gutachten lediglich eine Alibifunktion hat. Grundsätzlich kann aber eine Gewerbe-Planung in einem hochsensiblen Naturraum nie ökologisch verträglich sein. Will man besonders sensible Bereiche von der Bebauung aussparen und gleichzeitig Ausgleichsmaßnahmen auf der überplan-

ten Fläche durchführen, wird sich die zur Verfügung stehende Fläche (ursprünglich ca. 58 ha) erheblich reduzieren. Darüber hinaus ist die Entwässerung des Geländes aufgrund der sensiblen Quellbereiche und der schlechten Versickerungseigenschaften des Bodens äußerst problematisch. Hier kommt entweder nur eine sehr kostspielige Lösung in Frage, um das Wasser durch ein Rohrsystem abzuleiten oder es entsteht – wenn man versickern möchte – ein enormer Bedarf an nicht versiegelten Flächen. Das führt dazu, dass letztendlich nur ein Bruchteil der ursprünglich vorgesehenen Fläche bebaut werden könnte. So wird eine überaus wertvolle Fläche für eine minimale Nutzung verschwendet. Die bisher für die Nutzung vorgesehenen Gewerbebetriebe könnten ebenso gut im innerstädtischen Bereich angesiedelt werden. Da würden Unternehmen aus Biotechnologie-, Multimedia- oder Dienstleistungsbranche auch besser hin passen als in einen Gewerpark auf der grünen Wiese mit benachbartem Golfclub. Oder erwarten unsere Stadtplaner allen Ernstes, dass die MitarbeiterInnen eines Call-Centers in ihrer Mittagspause Golf spielen gehen?!

deren Freien Träger gleichgestellt und erhielten ab 1998 einen Sonderzuschuss in Höhe von 3,2 Mio. DM jährlich. Beschlossen wurde definitiv ein Auslaufen dieser Sonderzuschüsse zum 31.07.2001. Diese Zeit hat der EEV nicht für Reformen genutzt und legte statt dessen wieder Schließungspläne vor. Die überrumpelten Eltern und ErzieherInnen wehrten sich jedoch und kämpften um den Erhalt der Einrichtungen. Einzig und allein um ihnen und den Kindern zu helfen, stimmte die GRÜNE

Ratsfraktion für weitere Zuschüsse an den EEV. Allerdings muss klar sein, dass der EEV sich nun endlich zu einer Kooperation mit Verwaltung und den anderen Trägern in dieser Stadt bereit findet und sich entschließt, die notwendigen Reformen anzugehen, statt alle Jahre wieder mit Schließungsplänen an die Öffentlichkeit zu treten. Unbedingt müssen Vorstand und Geschäftsführung, aber auch Eltern und ErzieherInnen anders als bisher informieren und in die Problemlösungen einbeziehen.

In Oberbarmen starten die GRÜNEN ab dem 12.12.2000 eine Plakataktion

Anlass ist das Vorhaben der CDU, die Überquerungshilfen für FußgängerInnen in der Schwarzbach zu entfernen. Diese wurden eingerichtet, nachdem es mehrfach zu schweren Unfällen gekommen war. Dank der Querungshilfen ist jetzt ein sicherer Weg über die Straße möglich; die Unfallzahlen sind rückläufig. Um so unverständlicher ist das Verhalten der CDU, die Sicherheit von FußgängerInnen zu gefährden.

Tote Fische: Umweltskandal auf Lichtscheid

Am 3.11.00 berichtete die Cronenberger Woche über einen Störfall im Naturschutzgebiet Gelpe. Nachdem die Wuppertaler Stadtwerke das Regenrückhaltebecken auf Lichtscheid gereinigt hatten, gelangte Schlamm in den Dorner und Gelper Bach. Tote Fische waren die Folge. Laut Bericht in der „Cronenberger Woche“ hatten Stadtwerke-Mitarbeiter die abgepumpte Brühe in den Schmutzwasserkanal, den es jedoch in diesem Gebiet gar nicht gibt, abgeleitet. Das Regenrückhaltebecken nimmt die gesamten Oberflächenwasser aus dem stark befahrenen Bereich Lichtscheid auf und enthält vermutlich stark belastete Rückstände. Polizei und Feuerwehr waren eingeschaltet.

Alte Feuerwache an der Gathe kann weitermachen

Die Baustelle nimmt langsam Formen an, man kann erkennen, wie schön es werden wird in der von Grund auf renovierten Alten Feuerwache an der Gathe. Hier finden nicht nur Kinder und Jugendliche ein attraktives Angebot und einen unbeschwertten Aufenthalt in einer schwierigen Umwelt. Hier sind auch viele Vereine der MigrantInnen aktiv und entfalten ein lebendiges gesellschaftliches und kulturelles Leben. Während der Haushaltsberatungen hatte die konservative Mehrheit aus CDU und FDP dies alles in Frage gestellt und auf eine Kündigung des Vertrages zwischen Nachbarschaftsheim, dem Träger der Feuerwache und der Stadt gedrungen. Auch wenn es natürlich von den Damen und Herren der beiden Parteien gelehnt wurde: hier sollte ein Exempel statuiert werden! Einer Einrichtung, die wertvolle Arbeit gerade auch bei der Integration leistet, sollte mit dieser Maßnahme die Macht der neuen Mehrheit verdeutlicht werden. Zum Glück siegte die Vernunft und die politischen VertreterInnen aus dem Jugendhilfeausschuss einigten sich auf den Abschluss eines neuen Vertrages, der die erfolgreiche Arbeit der Alten Feuerwache sichert.

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 563-6204 Fax: 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Anja Liebert (V.i.S.d.P.)
Petra Bill, Anja Liebert, Petra Lücknerath,
Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher,
Christel Harz, Petra Lücknerath, Klaus Lüdemann,
Ursel Simon, Peter Vorsteher

Gastkommentar:
Ilona Schäfer, BUND

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet:
Jörg Lange

Satz und Gestaltung:
Wupper-Nachrichten Verlags GmbH,
Tannenbergr. 35, 42103 Wuppertal

Druck: Verlag Bitter, Recklinghausen

Auflage:

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasret, Wiesenstraße; Theater an der Gathe; Forum Maximum im Rex, Kipdorf 29; Cafe Zweistein, Bahnhof Unterbarmen; Cinema, Berliner Straße; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Haus der Jugend, Geschwister-Scholl-Platz; Lebensbaum, Sophienstraße; ASTA, Berg. Universität; BUND, Völklinger Straße 3 a.

Die Abgabe ist kostenlos!

Theater um das Theater

■ Turbulenzen nach Fehlentscheidung

Versprach der designierte Intendant Gerd Leo Kuck zu nächst, mit dem mehr als knappen Budget auszukommen, zeigten seine Berechnungen wenige Monate später, dass die Bühnen 7 Millionen mehr benötigen, als im Haushalt bislang vorgesehen sind.

Um zu diesem Ergebnis zu kommen, braucht man allerdings weder besonders gut rechnen zu können noch ein Generalintendant der Spitzenklasse zu sein. Diese Summe entspricht nämlich in etwa den Einsparungen, die durch die Fusion mit Gelsenkirchen erzielt worden sind. Diese Summe war dem Theater vom Kämmerer vorgegeben worden und es war damals völlig klar, dass die Einsparmöglichkeiten bei den Wuppertaler Bühnen völlig ausgereizt waren. Deshalb ja der Weg der Fusion! Wir haben bereits in der damaligen Diskussion um die Aufkündigung der "Ehe" mit Gelsenkirchen die Meinung vertreten, dass es fast unmöglich scheint, mit 22 Millionen ein niveauvolles Zweisparten-Theater zu betreiben. Zumindest dann, wenn die alten Strukturen beibehalten werden sollen. Jetzt wird zurück gerudert, nach harscher Kritik und einigen unfreundlichen Gesprächen äußerte sich Kuck plötzlich folgendermaßen: "Die neue Generalintendant der Wuppertaler Bühnen plant die Vorbereitungen für die Spielzeit 2000/2001 für beide Sparten im Rahmen des vom Rat der

Stadt und den übrigen Subventionsgebern bereitgestellten Budgets." Für die konservative Ratsmehrheit von CDU und FDP war die Welt wieder in Ordnung. Kuck aber musste seine ursprünglichen Planungen verändern und stellte nun im Kulturausschuss sein Konzept vor. Schon das zum Start der Spielzeit angekündigte Stück "Die Wupper" von Else Lasker-Schüler muss entfallen, da sich die Bühnen das benötigte Personal nicht leisten können. Eine Enttäuschung für viele WuppertalerInnen. Auch gibt es nur jeweils sechs statt acht Produktionen. Nicht ganz so dramatisch wie erwartet gestaltet sich die Personalsituation im Sprechtheater, es sollen nun mindestens 14 Schauspielerinnen und Schauspieler fest verpflichtet werden. Der Bereich der Kinder- und Familienstücke soll ausgebaut werden und in beiden Häusern zu sehen sein. Die Einstellung einer/eines Theaterpädagogin/en ist geplant. Der Austausch zwischen den Häusern soll durch Schauspiel in der Oper und Oper im Schauspielhaus verstärkt und verbessert werden. Auch die Zusammenarbeit mit Gelsenkirchen soll im Schauspiel beibehalten werden. Sehr optimistisch stellt Herr Kuck die erwarteten BesucherInnenzahlen dar: bei ca. 150 Aufführungen rechnet er mit 120.000 verkauften Karten. Wir wollen ihm seinen Optimismus nicht nehmen, er hat ihn bitter nötig. Trotz guter Ideen sehen wir den vollwertigen Erhalt beider Sparten mit diesem Konzept im vorgegebenen Finanzrahmen nicht gesichert.

Kein Factory Outlet Center

■ Aus durch den Regierungspräsidenten

Weitere Prüfung eines Factory Outlet Center in Wuppertal!

Das ergab sich nach der letzten Sitzung des Stadtrates am 6.11.00 in Wuppertal durch die Stimmenmehrheit von CDU und SPD. Obwohl Oberbürgermeister Dr. Hans Kremendahl bei Gesprächen beim Regierungspräsidenten Jürgen Büssow ein klares **Nein** vernommen hatte, begründet mit wichtigen Natur- und Wasserschutzbelangen am Standort Eskesberg sowie der Nichterfüllung der Voraussetzung des Einzelhandelserlasses, wollten sich die beiden großen Fraktionen wider besseren Wissens nicht zu einem Ende der Prüfung durchringen. Man kann nur mutmaßen, wo die Gründe liegen. Liegt es daran, daß Großinvestor Uwe Clees seinen Einfluß geltend gemacht hat, nachdem – wie zu hören war – er ein anderes anliegendes Grundstück am Eskesberg gekauft hat? Wie hoch die Spenden des Investors Clees an die Parteien von CDU und SPD sind, werden wir erst im Jahr 2001 aus dem Spendenbericht der Parteien erfahren. Festzustellen ist jetzt schon eines: Durch die Finanzknappheit der Kommunen, die sich bedauerlicherweise auch nach 16 Jahren Kohl unter einer Rot / Grünen Bundesregierung nicht verbessert hat, lassen sich Großprojekte nur noch über Investoren finanzieren. Nach

dem Motto wer die Musik bezahlt, sagt auch, was gespielt wird, fallen sämtliche Inhalte zu diesem Thema bei CDU und SPD wie Leerstand von Kaufhäusern in Elberfeld, das Wegbrechen des Barmer Einzelhandels, die Gefahr für die bestehenden Arbeitsplätze im Einzelhandel sowie für die Ausbildungsplätze weg. Der Einfluss der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der CDU und in der SPD, die in CDA und AFA organisiert sind, kann nicht sehr hoch sein, wenn man sich das Abstimmungsverhalten der beiden Ratsparteien anschaut. Die Grüne Ratsfraktion wird weiterhin alles daransetzen, damit die Prüfung für ein FOC am Standort Eskesberg nicht umgesetzt wird. Erst recht, nachdem wir erfahren haben, daß der Regierungspräsident der Einrichtung eines Factory-Outlet-Centers am Standort Hückelhofen zugestimmt hat. In der Zwischenzeit wurden einige weitere Baumaßnahmen für Investor Clees mit Stimmenmehrheit von CDU und SPD beschlossen, siehe z. B. die Baumaßnahme an der Katernbergerstr./Schaffstall. Die beiden großen Ratsfraktionen liefern weiter ihren Beitrag. Unter dem Deckmantel der Stadtentwicklung wird der Wählerwille hinter das Licht geführt.

Die Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sucht Zeitungsverteiler/innen

Ab März 2001 suchen wir Freiwillige, die uns bei der Verteilung unserer Zeitung DIESE GRÜNEN unterstützen.

Wer Interesse hat, viermal jährlich für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN 3 bis 5 Stunden Zeitungen zu verteilen, meldet sich bitte in der Geschäftsstelle Rathaus Barmen. Bezahlung nach Vereinbarung.

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen
Wegnerstraße 7
Tel. 563 62 04 / Fax 59 64 88
Fraktion@gruene-wuppertal.de

Keine Polizeiüberwachung für SchülerInnen!

■ Bestehende Schulprojekte ausbauen!

Nach den Vorstellungen der Christdemokraten sollen zukünftig Schülerinnen und Schüler, die die Schule schwänzen von der Polizei überwacht und in die Schule zurückgebracht werden.

Die GRÜNEN halten von dieser Idee überhaupt nichts. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die bestehenden Hauptschulprojekte „Schulmüde Jugendliche“ deutliche Erfolge bringen und dass es durchaus möglich ist, diese Jugendlichen auch durch praktische Arbeit wieder zum Lernen zurück zu führen. Präventive Arbeit bei Schülerinnen und Schülern mit Schulproblemen ist sinn-

voller und erfolgreicher als eine Überwachung. Aus diesem Grunde müssen die bestehenden Fördergruppen an Hauptschulen unbedingt weitergeführt und weitere eingerichtet werden. Denn auch schon im Grundschulalter gibt es Kinder, die keine Lust mehr haben in die Schule zu gehen, schon hier muss versucht werden, neue Motivation zum Lernen zu schaffen. Die GRÜNE Ratsfraktion hat einen Antrag in den Schulausschuss am 29.11. eingebracht mit dem beschlossen werden sollte, dass die Überwachung der Schülerinnen und Schüler, die die Schule schwänzen, nicht von der Polizei übernommen wird und dass gleichzeitig die Verwaltung gebeten wird zu überprüfen, welche Möglichkeiten es gibt, weitere Fördergruppen an Hauptschulen einzurichten und wie das Projekt „Schulmüde Ju-

gendliche“ weiter ausgebaut werden kann.

Diesen Antrag wollten die anderen Fraktionen im Schulausschuss nicht beschließen. Es wurde vereinbart, dass die Verwaltung über Schulbefragungen Daten über die Zahlen von SchulschwänzerInnen an den einzelnen Schulformen bis zur März Sitzung des Schulausschusses liefert. Mit diesem Zahlenmaterial sollen dann sinnvolle Maßnahmen für diese Gruppe von Kindern- und Jugendlichen erarbeitet werden.

Die CDU hat zugesagt bis dahin keinen Antrag zu stellen, der die Überwachung durch die Polizei fordert. Wenigstens ein kleiner Lichtblick und die Hoffnung, dass pädagogisch sinnvolle Maßnahmen einer Überwachung vorgezogen werden.

Geraten schulmüde Jugendliche ins Visier der Polizei?

Bezirksvertretung Elberfeld gegen den Stadtrat

■ Wer hat Entscheidungskompetenz?

Nach der Kommunalwahl ist alles in der Hand der konservativen Mehrheit aus CDU und FDP. Alles? Nein, die Bezirksvertretung Elberfeld mit ihrer fortschrittlichen Mehrheit aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS bietet dem Stadtschönen Paroli.

Antrag auf: das Grundstück solle einer Bebauung zugeführt werden. Und im Herbst stellte das Rechtsamt fest, dass jetzt doch der Rat und seine Ausschüsse zuständig sei. Begründung: Das Ziel der Einnahmierzählung für den städtischen Haushalt stehe über der bezirklichen Bedeutung.

Die CDU will die Sache durchziehen. Nur vermuten können wir, dass da im Hintergrund persönliche Beziehungen eine Rolle gespielt haben. Die von einer Bürgerinitiative gesammelten 250 Unterschriften werden ignoriert.

Es ist nicht der erste Fall, dass die Rechte der Bezirksvertretung nicht beachtet, sie nicht einmal in den Entscheidungsprozess über eine Anhörung einbezogen wird. Das will sich die fortschrittliche Mehrheit in der Bezirksvertretung nicht länger gefallen lassen: Die Bezirksvertretung hat beschlossen, dass der Bezirksvorsteher (SPD) alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen soll, um die Rechte der Bezirksvertretung durchzusetzen. Das kann ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht bedeuten. Es wäre ein einmaliger Vorgang für Wuppertal. Aber einmal ist immer das erste Mal.

Am Fall des Grundstücksverkaufs an der Friesenstraße (dort möchte eine Wohnungsbaugesellschaft auf einer Wiese direkt an der Hardt Wohnungen bauen) ist der Streit eskaliert.

1998 hatte das Rechtsamt der Stadt festgestellt, dass es sich bei der Wiese um eine bezirkliche Grünanlage handele und die Bezirksvertretung allein darüber entscheiden könne. Die BV entschied damals gegen einen Grundstücksverkauf.

Nur zur Klarstellung: Die GRÜNEN sind für den Bau von Wohnungen im innerstädtischen Bereich. Diese Wiese aber war immer als Erweiterungsfläche für die Hardt freigehalten worden. Im Sommer 2000 tauchte eine CDU-

Kaffeemaschine selber kaufen

ABO geschenkt

Wenn Du „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchtest, Coupon ausfüllen und an die Grüne Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken.

Name
Anschrift
Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „Diese Grünen“ damit einverstanden, dass bei der Änderung meiner Anschrift die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitschrift weitergeleitet wird.

Wuppertaler Rat

■ Undemokratische Mehrheiten

In den letzten beiden Ratssitzungen mussten wir verstärkt die Erfahrung machen, dass GRÜNE Opposition stark ausgebremst wird.

CDU und SPD setzten alles daran, unsere Anträge und Anfragen nicht diskutieren zu müssen:

In der September-Sitzung wurde die Fragestunde abgesetzt, GRÜNE Anträge wurden weiterverwiesen, von der Tagesordnung abgesetzt oder (je nach gewünschter Definition) nicht als weitestgehende angesehen und dadurch nicht zur Abstimmung gestellt.

Somit wurden die Anträge der Fraktion kaum zur Kenntnis genommen, da noch nicht einmal Gelegenheit gegeben wurde, sie zu begründen.

Gut, dass wir mit den GRÜNEN Themen schon im Vorfeld in die Öffentlich-

keit gegangen sind!

Insgesamt wollen die Fraktionen von CDU, SPD und FDP den Hauptausschuss inhaltlich aufwerten: auch wenn keine Öffentlichkeit anwesend ist, sollen die Debatten vermehrt dort und nicht in der Ratssitzung geführt werden. Allerdings dauerte die vorletzte Hauptausschuss-Sitzung auch nur 25 Minuten. Es muss zur Kenntnis genommen werden, dass nur noch die Themen behandelt werden, die für CDU, FDP und SPD nicht unangenehm sind. Alles andere verschwindet in der Nicht-Öffentlichkeit.

An relevanten kommunalen Diskussionen wird die GRÜNE Fraktion nicht beteiligt, z.B. im Steuerungsgremium Döppersberg. Das heißt, dass die Fraktion keine zeitnahen Informationen erhält und nicht rechtzeitig Einfluss ausüben kann.

Ratschronik vom 18.9.2000

Gymnasium Siegesstraße, Dependance Im Vogelsholz

Über hundert Schülerinnen und Schüler der Dependance Im Vogelsholz des Gymnasiums Siegesstraße verschafften sich vor der Ratssitzung engagiert Gehör.

Der Oberbürgermeister gab ihnen zu Beginn der Ratssitzung die Möglichkeit, den Stadtverordneten die Dringlichkeit der Renovierung nahezubringen. Der OB beruhigte sie: schon der Hauptausschuss hatte am 13.09.2000 den einstimmigen Beschluss gefasst, dass die Modulbauten schnellstmöglich eingesetzt werden sollen und somit den Erhalt der Schule zu gewährleisten. Der GRÜNE Antrag, der die Sanierung des Gebäudes Vogelsholz forderte, fand allerdings keine Mehrheit.

Antrag gegen ein FOC am Eskesberg

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN stellte den Antrag, dass der Rat sich gegen die Ansiedelung des FOC entscheiden solle. Die Mehrheit des Rates befand, dass der GRÜNE Antrag nicht der weitestgehende sei und entsprechend gar nicht erst zur Abstimmung gestellt werden müsse.

Der Eindruck der GRÜNEN: dieser Trick aus der Geschäftsordnungs-Kiste wurde von den anderen Fraktionen gewählt, um sich nicht klar für oder gegen ein FOC aussprechen zu müssen.

Beschlossen wurde gegen die Stimmen der GRÜNEN ein mehrstufiges Prüfverfahren, in dem als wichtigster Aspekt der Nachweis zu erbringen ist, dass das FOC zentrumsunschädlich ist.

In namentlicher Abstimmung haben alle Stadtverordneten Position für oder gegen das Verfahren bezogen. Insgesamt gab es nur 11 Stimmen, unter anderem die gesamte GRÜNE Fraktion, die sich gegen das Vorhaben aussprach.

Parkgebühren halbiert

Auf Antrag von CDU und FDP beschloss der Rat gegen die Stimmen der GRÜNEN die Änderung der Parkgebührenordnung: die einseitige Unterstützung des automobilen Verkehrs durch die CDU wurde durch die Halbierung der Parkgebühren einmal mehr bewiesen. Die GRÜNEN halten diesen Be-

schluss für katastrophal: die Bemühungen zur Stärkung des ÖPNV werden dadurch in Wuppertal geschwächt und darüber hinaus kann die Stadt sich diesen Einnahme-Ausfall von jährlich 2,2 Millionen DM nicht leisten.

Verschärfung der Straßensat-

Halbierte Parkgebühren, doppelter Verkehr?!

zung

Ein entsprechender Antrag von CDU und FDP wurde im Rat beschlossen, obwohl die dort vorgeschlagenen Regelungen sich durch aktuell bestehendes Recht umsetzen lassen könnten. Die GRÜNE Fraktion machte darüber hinaus deutlich, dass die soziale Ordnungspartnerschaft hervorragende Arbeit leistet. Da der Antrag der CDU keine gesellschaftlichen Probleme löst, sondern diese eher aus dem öffentlichen Raum verdrängen will, lehnte die GRÜNE Fraktion den Antrag ab.

Das große Engagement der PolitikerInnen zu dem Thema äußerte sich schon durch die große Menge an Anträgen, die hierzu an den Rat gestellt wurden. Auf Initiative der Landtagsfraktion der GRÜNEN NRW wurde die Finanzierung von Projekten gegen Rechtsextremismus (für Wuppertal mehr als 375.000 DM)

ermöglicht. Die GRÜNE Fraktion stellte den Antrag, dass der Rat über konkrete Projekte und deren Finanzierung entscheiden soll. Der Rat beschloss auch, dass ein Team der Sozialverwaltung Vorschläge für die Verwendung der Gelder entwickeln soll. Der Rat beschloss, alle während der NS-Zeit verliehenen Ehrenbürgerschaften zurückzunehmen. Die Mehrheit der Stadtverordneten wollten jedoch nicht dem GRÜNEN Antrag auf Wiedereinführung der Härtefallkommission ihre Zustimmung geben.

Wuppertal gegen rechte Gewalt

Kulturelle Vielfalt setzt Zeichen

Aktionen gegen rechte Gewalt

■ Engagierte KünstlerInnen im Forum

Rechte und rassistische Gewalt haben bedrohlich zugenommen.

Immer häufiger wird die Öffentlichkeit mit Gewalt gegen ausländische MitbürgerInnen, Gewalt gegen Obdachlose und Behinderte, Gewalt gegen jüdische Einrichtungen und BesucherInnen von Gedenkveranstaltungen zur Ehrung der Opfer des Nationalsozialismus konfrontiert. Häufig vor den Augen tatenloser Betrachter. In solchen Situationen ist stärker denn je Zivilcourage gefordert, um diesem üblen Treiben etwas entgegenzusetzen. Diese Zivilcourage muss nicht angeboren sein, sondern kann durchaus erlernt werden. Es werden Trainings zum konstruktiven Umgang mit Gewalt und Konflikten angeboten. Das offene Bündnis „Kultur gegen rechte Gewalt“ hat sich zum Ziel gesetzt, genau solche Trainings zu finanzieren, damit sie verstärkt in Wuppertaler Jugendeinrichtungen und Schulen durchgeführt werden können.

Das Bündnis wurde von engagierten Wuppertalerinnen und Wuppertalern parteiübergreifend ins Leben gerufen. Mit den Einnahmen aus der ersten Veranstaltung am 28. Oktober im Forum Maximum im Rex, an der über 40 Künstlerinnen und Künstler ohne Gage mitgewirkt haben, können bereits zwei Trainingsreihen durchgeführt werden. Die Scheckübergabe erfolgt in Kürze. Weitere Veranstaltungen sind geplant. Die Öffentlichkeitsarbeit ist übrigens mit Mitteln aus dem Förderprogramm ge-

gen Rechtsextremismus des Landes finanziert worden, dass auf Initiative von Bündnis 90/DIE GRÜNEN aufgelegt wurde. Dieses Programm beinhaltet pauschalierte Zuweisungen in Höhe von einer DM pro EinwohnerIn zur Förderung von Projekten der Städte gegen Rechtsextremismus.

Polizei bei SchulschwänzerInnen nicht zuständig.

Die CDU befürwortet, dass SchulschwänzerInnen von der Polizei zur Schule gebracht werden sollen. Die GRÜNE Fraktion setzt sich demgegenüber dafür ein, bestehende Projekte an Hauptschulen wie z.B. das Förderprojekt für „schulmüde Jugendliche“ auszubauen und stellte einen entsprechenden Antrag im Rat, den die Mehrheit der Stadtverordneten jedoch nicht beraten wollte. Mehr dazu im Artikel „Keine Polizeiüberwachung für SchülerInnen“.

Antrag auf Zurücknahme der

FOC-Gutachten.

Da der Düsseldorfer Regierungspräsident das Factory Outlet Center als nicht genehmigungsfähig beurteilte, beantragte die GRÜNE Fraktion, diese Auffassung als Rat zu bekräftigen und die „ergebnisoffenen Prüfverfahren“, die in der vorigen Ratssitzung beschlossen wurden, zurückzunehmen. Damit sollte der Weg für die Altlastensanierung der Deponie Eskesberg freigemacht werden. Jetzt wird sich die dringend notwendige Sanierung unnötig verzögern. **Kein Rahmenplan, bis ökologische Untersuchungen vorliegen.**

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist für die Beibehaltung der Kleinen Höhe als Freifläche. Die Mehrheit des Rates wollte jedoch der Ansiedelung von Gewerbe den Vorzug vor der Ökologie geben. Die GRÜNEN stellten den Antrag, dass die Planungen so lange zurückgestellt werden, bis Untersuchungen zu Auswirkungen auf die Flora und Fauna, zum Landschaftsbild, zur Naherholung etc. vorliegen. Der Antrag wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt. Näheres im Gastkommentar.